

Für den Ausbau des öffentlichen Transports und für die Einführung einer Ökosteuer hat sich die Mehrheit der BesucherInnen der diesjährigen Oekofoire ausgesprochen. Dies ergab eine Umfrage des Mouvement Ecologique zum Zukunftstisch der Chamber. Die Messegäste hatten an der Kasse durchlöchernte, farblich unterschiedliche Bierdeckel erhalten, mit denen sie sich an der Abstimmung zu den Themen Mobilität, Steuerreform, Wirtschaft, Wohnen und Bauen sowie Demokratie beteiligen konnten. Laut Umfrage sind 52,6 Prozent der Befragten der Überzeugung, einzelne Verbesserungen am Straßennetz und ein gleichzeitiger Ausbau des öffentlichen Transports seien sinnvoll. 19,2 Prozent sind radikal gegen jeden weiteren Ausbau des Straßennetzes, 18 Prozent für grundsätzlich neue Wege in der Transportpolitik. 53,8 Prozent der Befragten befürworten aus Umweltschutzgründen eine Ökosteuer auf Energie und sind bereit, höhere Preise zu bezahlen, wenn gleichzeitig das Sozialsystem und der Faktor Arbeit entlastet werden. Ebenso eine Mehrheit (46 Prozent) tritt für eine stärkere kommunale oder staatliche Intervention im Wohnungsbau ein. Zudem fanden 41,4 Prozent der rund 3.500 UmfrageteilnehmerInnen, dass der Dialog zwischen Politik und BürgerInnen ausgebaut werden solle, 37,2 Prozent sind der Meinung, es sollten neue Wege der politischen Streitkultur gefunden werden, indem BürgerInnen verstärkte Entscheidungsrechte zuerkannt werden.

« La fiscalité de l'épargne est un sujet qui revient depuis 20 ans en Europe. J'espère qu'il continuera à nous entretenir encore longtemps. » Des applaudissements accueillent la boutade lancée par Yves Mersch, président de la Banque centrale du Luxembourg lors de la réception en l'honneur de son homologue suisse, Jean-Pierre Roth. L'amitié affichée entre les deux "petits pays" n'est pas innocente. Mis le dos contre le mur lors du sommet de Feira, le Luxembourg avait concédé de lever son secret bancaire, à condition que des pays tiers tels que la Suisse le fassent également. Du coup, aussi longtemps que cette dernière résiste, le dossier reste bloqué. Alors qu'habituellement, au Luxembourg, la défense du secret bancaire est assimilée à celle d'un droit humain fondamental, Jean-Pierre Roth a avancé des arguments plus sobres: avant tout, le risque de fuite des capitaux vers des places off-shore plus exotiques. Il a proposé que la Suisse pratique une retenue à la source sur les capitaux venus de l'Union européenne, et même en reverse une partie, un compromis favorisé aussi par le Luxembourg. L'enthousiasme affiché pour cette option n'est sans doute que de façade, car les conséquences seraient également fatales pour les deux places financières.

Auf seiner Werbetour durch Europa kommt EU-Agrarkommissar Franz Fischler heute nach Luxemburg. Im Gepäck hat der Österreicher die geplante Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Diese sieht unter anderem eine Entkoppelung der Direkthilfen von der Produktionsmenge und eine Kürzung der Direktbeihilfen vor. Die EU-Kommission will die Vorschläge in diesem Herbst in Gesetzesentwürfe umsetzen, die den Mitgliedstaaten zur Abstimmung vorgelegt werden sollen. Unterdessen haben die Landwirtschaftsminister von Luxemburg, Spanien, Österreich, Portugal, Frankreich, Wallonien und Irland ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht. Darin weisen sie nicht nur den Vorwurf zurück, die GAP würde zu Überproduktion führen und wäre sowohl für die BSE-Krise als auch für den Hunger in der Dritten Welt verantwortlich. Alles so nicht wahr, so der Kanon der "einfachen Überlegungen zur europäischen Landwirtschaft". Die Medien würden ein unreflektiertes Bild von der GAP verbreiten, so die Reformgegner. Apropos Überproduktion: Am Dienstag vermeldete die Europäische Kommission erneut eine Überschreitung der Milchquoten in der EU um 450.000 Tonnen. Luxemburg hat seine Quote demnach um 3.430 Tonnen überschritten. Ob Landwirtschaftsminister Fernand Boden seinem EU-Gast Fischler ein Glas Milch anbietet?

Weg vom Kavaliersdelikt

(rw) Das Opfer häuslicher Gewalt überlässt dem Täter die gemeinsame Wohnung, sucht sich und gegebenenfalls den Kindern eine neue Bleibe oder landet im Haus für geschlagene Frauen - diese zweifelhafte Luxemburger Tradition könnte demnächst ins Wanken geraten. Ein Gesetzesprojekt, das Frauenministerin Marie-Josée Jacobs am 30. Mai 2001 vorlegte, gibt dem Opfer die rechtlichen Möglichkeiten, den Täter vor die Tür zu setzen.

Eine Akzentverschiebung, die nicht nur die gesellschaftliche Einschätzung der Gewaltbeziehung zwischen Täter und Opfer betrifft, sondern auch Polizei und Justizwesen zu einem neuen Blickwinkel zwingt - und zu neuer Dynamik. Das wurde am Dienstag noch einmal deutlich, als sich die parlamentarische Kommission "Chancengleichheit" mit der Analyse des staatsrätlichen Gutachtens befasste. Die Philosophie des Textes besteht nämlich darin, schon im Vorfeld des (erneut) zu erwartenden Gewaltaktes die Polizei zum Einsatz zu bringen. Wenn Indizien bestehen, dass innerhalb eines Haushaltes "Vergehen gegen das Leben oder die physische Integrität einer Person in Vorbereitung sind", steht der Einsatz der Ordnungskräfte an, die den Täter dann für eine bestimmte Zeit aus der gemeinsamen Wohnung verweisen. Ein Meilenstein in der Luxemburger Strafpraxis, in der die Opfer häuslicher Gewalt bislang kaum



Die Guten sind nicht gut genug

(dw) Der Geist von Rio ist dahin, heute weht den FreundInnen nachhaltiger Entwicklung ein deutlich rauherer Wind entgegen. "Zehn Jahre nach Rio hat sich das Klima verändert", stellte EU-Umweltkommissarin Margot Walström am Mittwoch im "Hémicycle" des Europaparlaments in Straßburg fest. Der große Unterschied zu früher: Die USA sind heute als Partner im Kampf für eine menschen- und umweltgerechtere Welt endgültig abgeschrieben.

Umso besser kann sich die Europäische Union "als einziger Motor des gesamten Prozesses" wie es Margot Walström nannte, verkaufen. Und: "Die Europäische Union hat in Johannesburg mit einer starken Stimme gesprochen." Die Umweltkommissarin habe eng mit dem Entwicklungskommissar Poul Nielson zusammengearbeitet. Dass bei der Kooperation der verschiedenen EU-KommissarInnen stets das Beste für die Umwelt herauskam, bezweifelte unter anderem der Luxemburger Europa-Abge-

Schutz von öffentlicher Seite zu erwarten hatten. Klagen wurden häufig entweder schon auf Ebene der Polizei abgewimmelt oder von der Staatsanwaltschaft ad acta gelegt.

Zum Prinzip, dass häusliche Gewalt ernsthaft zu bekämpfen und deshalb ihre Versursacher auch zu ahnden sind, gibt es mittlerweile zwischen Parlament und Regierung einen Konsens - und der wird auch vom Staatsrat mitgetragen. Das Konzept des Gesetzesentwurfs, der sich eng an das österreichische Modell anlehnt, enthält jedoch noch weitere Sicherheitsriegel, die der Staatsrat abmontieren wollte.

So sieht das Gesetzesprojekt vor, dass auch versuchte Anwendung von Gewalt strafbar wird, was beim Staatsrat keinen Anklang fand. In der Praxis ist es aber so, dass wiederholte Drohungen zum Einschüchterungsarsenal des Täters gehören und oft schon dazu führen, dass das Opfer sich hilfesuchend an die Polizei wendet. Hier hieß die Antwort aber bislang: So lange keine Straftat vorliegt, können wir nicht handeln. Die Kommission blieb deshalb hart und folgte dem Staatsrat nicht.

Der Staatsrat wandte sich auch gegen den im Regierungstext vorgesehenen, ausdrücklichen Ausschluss von richterlichen Schlichtungsprozeduren, wie sie seit einiger Zeit im Strafrecht vorgesehen sind. O-Ton Staatsrat: "Une victime qui déci-

ordnete Claude Turmes. Das Klima habe sich auch in der EU-Politik gewandelt, im Vordergrund stünden heute in erster Linie Handelsinteressen. "In der ersten Woche war nur Kommissar Lamy anwesend", kritisierte Turmes, "da standen die Wirtschaftsinteressen über denen der Umwelt." In Johannesburg habe die Kommission mit gespaltenen Zunge gesprochen, zudem sei im Vorfeld des Gipfels zu viel unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt worden. "Können Sie uns eine klare Zusage machen, dass das Parlament in Zukunft hier deutlich stärker einbezogen wird?" fragte der Grüne die beiden Kommissionsmitglieder im Plenarsaal.

Doch weder inhaltlich noch formell sah die Kommission hier einen Anlass für Selbstkritik. "Wir haben unser Bestes getan, um die Parlamentarier zu informieren", konterte Poul Nielson. Die Frage, wieso die Umweltkommissarin nur 48 Stunden auf diesem Weltgipfel weilen konnte, blieb allerdings unbeantwortet. Nur einer war wirklich zufrieden mit der Kommissionsarbeit: "Die Kommission hat ihre Sache in Johannesburg sehr gut gemacht", lobte Robert Goebbels, LSAP-Abgeordneter in Straßburg. Sollte sie nicht genug Zeit gefunden haben, das Ego mancher Parlamentarier zu hät-

scheln, die sich in ihrem Hotel langweilten, sei das im Übrigen kein Drama.

In seinem inhaltlichen Beitrag zur Debatte hatte Goebbels zuvor die Gelegenheit ergriffen, seinen alten Hut aus der Schublade zu ziehen: ein multilaterales Abkommen über Investitionen (MAI). Ein solches Abkommen sei ein notwendiger Faktor der nachhaltigen Entwicklung. Und diese brauche "des normes planétaires, également en ce qui concerne les investissements et leur protection".

Gegenüber den USA sei es nicht schwer, sich als die Guten zu verkaufen, bemerkte Paul Lannoye, der der EU durchaus eine positive Rolle in Johannesburg zugestand. Dennoch: "Wer die Dinge voranbringen will, muss glaubwürdig bleiben." Hier habe die EU einiges einbüßen müssen, so Lannoye. "In einer ganzen Reihe von Bereichen macht die EU das Gegenteil von dem, was sie vorgibt, tun zu wollen." Beispiel Agrarpolitik: Wer gegenüber den Ländern, die unter den Exportsubventionen leiden, glaubwürdig bleiben wolle, müsse auch darauf hinarbeiten, dass diese Zuschüsse abgebaut werden.